

Der Hambacher Forst zeigt Fehler der Klimapolitik ...



Die Gegner dieses Vorhabens haben sehr gute Argumente für ihre Haltung

...

...welche da wären: Nordbayerische Nachrichten: [1]

-Das Verfeuern von Braunkohle ... wird dabei besonders viel des Treibhausgases Kohlendioxyd frei ...

-Die Bundesrepublik wird deshalb diese Art der Produktion beenden müssen, wenn sie die international zugesagten Klimaziele einhalten will ...

... deshalb darf die Sympathie ruhig den Demonstranten gehören – allerdings nur jenen, die sich an Recht und Gesetz halten und vor allem auf jegliche Form von Gewalt verzichten ...

Kein Wort davon im Artikel, dass das Recht für RWE auch von einer Landesregierung und dazu noch mit GRÜNER Beteiligung beschieden wurde. RP Online: [3] ... *Darf RWE den Forst überhaupt abholzen?*

Ja – und es war ausgerechnet die frühere rot-grüne Landesregierung, der auch die heutige Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) angehörte, die RWE das bestätigte. Neben dem Zulassungsbescheid stammt auch die Leitentscheidung zum Tagebau Garzweiler II von Rot-Grün. In einem begleitenden Papier dazu heißt es: „Mit der Leitentscheidung wird festgelegt, dass die Abbaugrenzen des Braunkohlenplans Tagebau Hambach unverändert bleiben.“

Wie das „auf jegliche Gewalt verzichten“ beim Protest im Hambacher Forst wirklich funktionieren soll – und wie viele Demonstranten dann übrig bleiben und man diese „sortiert“, bleibt ein Geheimnis der Redaktion. Da waren andere Befürworter*innen bei solchen „Protestbesetzungen“ weit ehrlicher:

EIKE 20.05.2016: ***Berichterstattung von Klimaretter.Info über die am Pfingstweekenende durchgeführten Agitationen im Braunkohlerevier***

Wie es im Hambacher Forst auch zugeht, wo angeblich nur friedliche Demonstranten herumlaufen, erfährt man vorwiegend aus „alternativen“ Quellen:

ScienceScepticalBlog, 18. September 2018: *Jagdszenen im Hambacher*

Forst

... Medial unbeachtet spielten sich in den letzten Tagen im Hambacher Forst auch diese Szenen ab. Zehn und mehr vermummte „Umwelt- und Klimaaktivisten“ in Tarnkampfanzügen greifen mit Stöcken bewaffnet Reporter und unliebsame Besucher an. Bei diesen „Aktivisten“ handelt es sich nicht um friedliche Umwelt- und Klimaschützer, sondern um militante Mitglieder des Schwarzen Blocks und der Antifa-Szene, die aus ganz Europa angereist sind. Diesen Leuten liegt nicht die Umwelt und das Klima an Herzen, sondern Ziel ist die Abschaffung des Kapitalismus und die Zerstörung des Rechtsstaates. Presse und Politiker sprechen allerdings von friedlichen „Umwelt- und Klimaaktivisten“ ...

Gut, etwas Information gibt es dazu auch „öffentlich“:

- WDR 26.08.2018: *Wieder verletzte Polizisten im Hambacher Forst*
– Erneuter Zwischenfall im Hambacher Forst
– Insgesamt sieben verletzte Polizisten am Wochenende
– Täter sollen aus der linken Szene kommen

Ein Glück, dass es sich dabei um Antifa-Aktivisten handelt und damit keine Gefahr von räääächts ist. Die „Reporter und unliebsamen Besucher“ sind sicher auch schon länger hier Lebende, gegen die darf man das, gegen Polizisten sowieso. Dagegen ist das nach neuester, politisch sanktionierter Videointerpretation als „Progrom“ und Hetze Deutbare jederzeit erlaubt, weil es einem staatstragenden Zweck dient. Auch sind sie ordentlich vermummt und so eindeutig unterscheidbar gegenüber pöbelnden, in Zivilkleidung protestierenden Untertanen. Zudem, ein Teil der „friedlich“ Angegriffenen könnte vielleicht dabei gewesen zu sein, verifizierbare Fotos oder Videos zu erstellen. Das geht schon gar nicht an. Schließlich entscheidet immer noch die Antifa und die hohe Politik, was vor Ort gewesen sein muss.

Mit einer so edel protestierenden – gleichzeitig aber kampferprobten und sprichwörtlich schlagkräftigen – Antifa, verbrüdet und kämpft sogar die CSU gemeinsam für die richtige Sache:

THE EUROPEAN 15.05.2018: [\[12\] Die CSU zerstört ihre eigene Identität](#)



Runder Tisch gegen Rechts Passau fantastisch mit Christoph Kittel und 11 weiteren Personen – hier: Goldenes Schiff Passau.

...

22. März · Passau · 

Gestern Abend fand die Gründungsversammlung des Runder Tisch gegen Rechts Passau e.V. im Goldenen Schiff statt.

Besonders erfreulich ist es, dass alle Beteiligten von der CSU bis zur Antifa ihre altbekannten Probleme miteinander hintanstellten und sich im gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr von Rechtsaußen, die unsere parlamentarische Demokratie bedroht zusammenstellten.

In den Grußworten wurde das Trennende z.T. klar formuliert, aber ebenso klar stehen gelassen, weil die Gemeinsamkeiten wichtiger und größer sind.

Wir danken allen Teilnehmern für das spürbare Bemühen gemeinsam für eine pluralistische Gesellschaft und gegen Nazis zusammenzustehen und unsere städtische Zivilgesellschaft zu stärken!

Bild 1 Meldung der gemeinsamen Verbrüderung von CSU und Antifa zum Kampf gegen Rechts

Ganz schlimm ist weiterhin, dass die Braunkohle eine billige Energie ist:

Nordbayerische Nachrichten: [1] ... *Bei den Unternehmen wie RWE geht Eigennutz vor Gemeinwohl. Braunkohle kann kostensparend gewonnen werden ... die Renditen können hoch ausfallen ...*

Auch dazu keine Erwähnung, dass wesentliche Anteilseigner auch bei RWE Kommunen waren, die mit den Renditen früher ihre häufig defizitären Haushalte „beschönigen“ konnten. Würde man diese Argumentation „weilerspinnen“, wären auch die Steuern und kommunalen Abgaben, welche den Bürgern auferlegt werden, reiner, staatlicher Eigennutz.

Heinrich Böll Stiftung: [4] ... *Im Jahr 2013 wies der Konzern erstmals seit der Nachkriegszeit ein negatives Periodenergebnis in Höhe von -2,443 Mrd. Euro und einen Verlust von -2,8 Mrd. € aus. Von 2008 bis 2014 sank der Wert der RWE-Aktie von fast 100 auf 29 €.* [3] *Ein Beispiel für die gescheiterte Kohlepolitik von RWE ist das skandalträchtige Projekt „Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm“, bei dem auch zahlreiche beteiligte Kommunen und kommunale Stadtwerke Verluste machten.*

– *Kommunen sind Aktionäre; sie halten ca. 24% an der RWE AG und erhielten dafür 2014 noch eine Dividende von rund 350 Mio. €, 2015 noch ca. 150 Mio. €.*

– *Kommunen sind Konzessionsvertragspartner; RWE hat ca. 4.800 Konzessionsverträge, davon ca. 4.000 Stromkonzessionen und ca. 800 Gaskonzessionen; hierüber versorgt RWE ca. 15 Mio. Einwohner/innen.*

- Kommunen sind Kunden von RWE; das Unternehmen liefert jährlich ca. 6 TWh Strom an öffentliche Einrichtungen in Deutschland, davon rund. 2 TWh an Kommunen. Darüber hinaus erbringen RWE-Tochterfirmen eine Vielzahl an Dienstleistungen.
- Kommunen sind Beteiligungspartner von RWE; sie sind an 5 regionalen RWE-Gesellschaften beteiligt, umgekehrt hat RWE rund. 120 Beteiligungen an kommunalen Gesellschaften wie z.B. Stadtwerken ...

Es gibt kein wirkliches Argument – aber den Klimakonsens

Nordbayerische Nachrichten: [1] ... An dieser Stelle der Debatte kommen dann gern zwei Einwände:

-Erstens, dass es den Klimawandel gar nicht gibt. Wer das sagt, stellt sich gegen den allergrößten Teil der Wissenschaft – wie auch AFD und US-Präsident Donald Trump.

Wer sich gegen den „allergrößten Teil der Wissenschaft“ stellt, hat „kaltesonne“ schon öfter [6] dargestellt:

[5] kaltesonne, 19. Februar 2015, Uli Weber: [Das siebenundneunzig Prozent-Problem: Welcher Konsens?](#)

Immer wieder hört und liest man, 97 Prozent aller wissenschaftlichen Arbeiten (manchmal auch aller Wissenschaftler) würden eine vom Menschen verursachte globale Klimaerwärmung bestätigen. Das [Consensus Project](#) bezieht sich bei dieser Aussage sogar auf eine veröffentlichte Studie, die genau das nachgewiesen haben will. Die dort zitierte Studie “Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature” von Cook et al. aus Environ. Res. Lett. 8 (2013) 024024 (7pp) weist den 97%-Konsens für „Anthropogenic Global Warming“ (AGW) folgendermaßen nach:

12.465 wissenschaftliche Arbeiten wurden auf Aussagen zu AGW untersucht

-4.014 Arbeiten enthielten eigene Positionen zu AGW

– Von diesen 4.014 Arbeiten mit Aussagen zu AGW bestätigen 97% die AGW-Theorie

Der angebliche AGW-Konsens von 97 Prozent wird also als Zirkelbezug innerhalb einer Teilmenge von 4.014 der ursprünglich untersuchten 12.465 wissenschaftlichen Arbeiten berechnet und nicht etwa auf der Basis der Gesamtheit aller Arbeiten. Dieser Rechenansatz ist natürlich völlig absurd und gewinnt dadurch auch keinerlei Aussagekraft. Wenn man denn eine Aussage zu AGW überhaupt in einer solchen Form darstellen kann, dann würde der sogenannte „Konsens“ bei korrekter Berechnung also auf eine Quote von lediglich knapp 32% der untersuchten wissenschaftlichen Arbeiten kommen. Dieses knappe Drittel aller 12.465 untersuchten Arbeiten stellt aber gleichzeitig das gesamte Spektrum der Befürworter der AGW-Theorie dar, beinhaltet also auch die sogenannten „Lukewarmer“, die einen menschlichen Klimabeitrag durchaus für möglich halten, Katastrophenszenarien für die künftige

Klimaentwicklung aber ablehnen.

Bei einer umfassenden Betrachtung für alle von Cook et al. ausgewerteten wissenschaftlichen Klima-Veröffentlichungen sieht das Ergebnis also ganz anders aus:

- Eine Zweidrittelmehrheit der untersuchten wissenschaftlichen Klima-Arbeiten macht offenbar keine gesellschaftspolitischen Aussagen zu AGW.
- Klimarealisten werden nur mit etwa 1% aller untersuchten Veröffentlichungen durch ihre gesellschaftspolitischen Ansichten gegen AGW auffällig.
- Die Protagonisten von AGW sind dagegen mit knapp einem Drittel von allen untersuchten Veröffentlichungen wesentlich weniger zurückhaltend mit gesellschaftspolitischen Aussagen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Strommärchen werden durch ständiges Wiederholen nicht wahrer

Nordbayerische Nachrichten: [1]

- Zweitens, dann müsse Strom aus dem Ausland importiert werden ...
- Das Problem der der Deutschen Energieversorgung ist allerdings, dass es zu viel nicht zu wenig Strom gibt ... eben, weil neben der wachsenden regenerativen Produktion die Kohlekraftwerke weiter laufen dürfen ...

Die völlige Ahnungslosigkeit von „Fachpersonen“ über unser Energiesystem und dessen Daten ist in Deutschland nicht mehr auszumerzen. Nicht nur bei Redakteur*innen, sondern auch bei den „Fachpersonen“ in der hohen Politik, wozu nicht nur die GRÜNEN gehören:

EIKE 13.05.2018: [Twitter macht es möglich, Unsinn in kürzester Zeit zu multiplizieren](#)

EIKE 23.07.2018: [Deutschland kann 100 Prozent Ökostrom](#)

EIKE 7. Januar 2018: [\[15\] Ministerin Hendricks: Wir haben im Gegenteil sogar gigantische Stromüberschüsse](#)

Jedenfalls ist es trotzdem bisher noch niemandem gelungen, den so oft berichteten, „überflüssigen“ Strom in Deutschland zu finden. Aktuell pendelt unser Energiesystem an der Kapazitätsgrenze und mit der ideologisch erzwungenen Abschaltung weiterer Grundlastkraftwerke muss der fehlende Strom aus dem Ausland importiert werden:

EIKE 07. 02.2018: [\[16\] In Zukunft sorgt die EU für die Sicherheit von Deutschlands Stromversorgung](#)

Achgut 17.09.2018: [\[2\] Der Kohleausstieg als Einstieg in das Notstromaggregat](#)

... Der Plan des Kohleausstiegs, der vollmundig die problemlose Abschaltung von 7 GW Kohlestrom verkündete, ging aber von eben dieser herbei phantasierten Überkapazität unserer Nachbarn aus. Das Wirtschaftsministerium distanzierte sich inzwischen von den Annahmen aus 2014, und auch der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission geht

davon aus, dass die Annahmen falsch waren.

... Man hält also trotz der falschen Annahmen bezüglich der europäischen Überkapazitäten stur an den Abschaltplänen fest, als wüsste man nichts von der tatsächlichen Situation bei unseren Nachbarn. Allein bis 2020, also in zwei Jahren, werden demnach durch Wegfall des AKW Philippsburg 2 und einiger Kohlekraftwerke zwischen 6,5 und 8,5 GW sicherer Leistung verschwinden. Statt also im Hambacher Forst Tunnel zu graben, sollte man wohl besser ernsthaft über ein fossiles Notstromaggregat im eigenen Keller nachdenken.

Bitte nicht nachprüfen – einfach nur blind glauben

Lautet die Devise, wenn es um den AGW-Klimawandel geht. (Bewusst) mehrfach hat der Autor den vollkommen vernachlässigbaren – beziehungsweise nicht vorhandenen – Einfluss Deutscher Klimaschutzmaßnahmen auf das Weltklima dargestellt [7] [8]. Doch es hilft nicht. Eine Meinung, welche erst einmal zum Mainstream geworden ist, ist nicht mehr zu (zer)stören.

Nordbayerische Nachrichten: [1] *... und die Schäden, die durch einen extremen Klimawandel entstehen, dürfen noch weit kostspieliger sein – dieser Sommer hinterlässt eine Ahnung davon.*

Ein sich ständig wandelndes Klima wird immer irgendwo Schäden hinterlassen. In einer Weltgegend wirkt es positiv, in anderen führt es zu Nachteilen. Das war in der Klimageschichte schon immer so. Auch ein Extremjahr, welches in Deutschland keinen Trend anzeigt und entgegen den Publikationen – gar keine extremen Auswirkungen hat: EIKE 04. September 2018: [Sommerhalbjahres-Niederschlag 2018](#), EIKE 11. September 2018: [Hopfenertrag 2018](#) kann daran nichts ändern.

Seit einer Millionen Jahren sind es beispielsweise die sich zyklisch wiederholenden Eiszeiten – allerdings nirgends in der Erd-Klimageschichte zu heiße Zeiten. Doch nun soll die Weiterführung des Braunkohle-Tagebaus im Hambacher Forst das Klima stören.

Dazu wieder eine grobe Abschätzung, was dieser Tagebau an „Klimastörung“ wirklich anrichten könnte: Es ist einfach nichts.

Hambacher Forst Klimaeinfluss	Wert	Dimension
Forcing:	1	K/Verdopplung
CO2 Startwert:	400	ppm
Mio. t Emission pro Jahr:	50	Mio. t CO2/pa
CO2 Eintrag pro Jahr:	+0,0064	ppm
Temperaturerhöhung pro Jahr:	0,0000231	°C/pa
Tagebau-Reservelaufzeit:	30	Jahre
Temperatureinfluss nach 30 Jahren:	0,0007	+°C/30 Jahre

Tabelle: Hambacher Forst Braunkohletagebau. Klimaeinfluss der geplanten Abbaumaßnahmen. Daten: BUND NRW: [10] Steckbrief Hambach
 Noch schlimmer wird die Darstellung, wenn man sie im Atmosphären-Gesamtkonzept betrachtet:

EIKE 20. Januar 2010: *Nur 0,0004712 Prozent!! BUND Aktivist weiss nicht wieviel CO2 von Deutschland in die Luft abgegeben wird! Nur mit 0,0004712 Prozent*) ist Deutschland am CO2-Gehalt der Luft beteiligt, die die Erde umgibt. Und mit diesem winzigen Anteil begründet Deutschland eine aberwitzige Politik, die sich Klimaschutzpolitik nennt.*

... Also 0,038 Prozent CO2 sind in der Luft; davon produziert die Natur 96 Prozent, den Rest, also vier Prozent, der Mensch. Das sind dann vier Prozent von 0,038 Prozent also 0,00152 Prozent. Der Anteil Deutschlands hieran ist 3,1 Prozent (Zufügung: Aktuell sind es 2,23 %). Damit beeinflusst Deutschland 0,0004712 Prozent des CO2 in der Luft. Damit wollen wir die Führungsrolle in der Welt übernehmen, was uns jährlich an Steuern und Belastungen etwa 50 Milliarden Euro kostet.“*

Wie schön dagegen, wenn unsere Medien über gute Taten berichten können und von Jugendlichen, welche „vollgepackt“ mit (Un-)Wissen einfach nur Vorbild sind und ihren kleinen, aber alle motivierenden Anteil umsetzen.

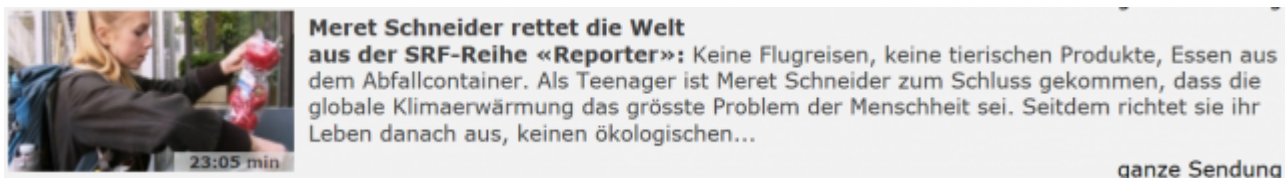


Bild 2 SRF-Sendung

Allerdings stellt sich die „Wissenselite“, unsere Klimamanager der Kommunen, um keinen Deut besser:

EIKE, 22.03.2017: *[14] Klimamönche*, alternativ: die Klimaelite unserer Behörden*

Beiden (und vielen anderen) würde man zurufen, neben den

klimatheologischen Apokalypsen einfach auch einmal andere Literatur zu lesen, zum Beispiel solche wie: Achgut 19.09.2018 : [Bäume wachsen von selbst, Kraftwerke nicht](#)

Da darin Technik gelobt und als zukunftssträchtig benannt wird, ist es allerdings eher unwahrscheinlich, dass es gelesen würde.

In Wirklichkeit geht es auch nicht um Fakten, sondern ausschließlich um Ideologie

Deutlicher als die Redaktion der Lokalzeitung beschreibt es eine deutsche „Meinungs-Führungspostille“:

TAZ 15. 9. 2018: [\[9\] Die Zeit zum Handeln ist jetzt](#)

... Dabei geht es beim Abschied von Kohle, Öl und Gas nicht mehr um das Ob oder das Wie, sondern nur noch um das Wann. Ein guter Ort für das Wo ist der Hambacher Forst. Hier kann sich entscheiden, ob der Klimaschutz in Deutschland endlich Fahrt aufnimmt.

Fortschritt geschieht, wenn sich neue Regeln durchsetzen. Solche neuen Regeln „von oben“ sind da: das Pariser Klimaabkommen, der „Klimaschutzplan 2050“, vielleicht bald ein Klimagesetz im Bund. Was bislang fehlt, ist der Wille, diese Vorschriften mit Leben zu füllen. Dabei geht es beim Abschied von Kohle, Öl und Gas nicht mehr um das Ob oder das Wie, sondern nur noch um das Wann.

Wenn die Politik versagt, wie sie es in der Klimapolitik seit Langem tut, muss die Bevölkerung ran. Selten war die Gelegenheit für jede und jeden so günstig, konkret etwas für unser aller Zukunft zu tun.

Der Welt-Klimavertrag

Wohl die Wenigsten, welche so vehement auf die Erfüllung des Klimavertrages pochen, dürften ihn wirklich gelesen haben. Jeder Kaufvertrag über eine kleine Eigentumswohnung beinhaltet mehr Daten und Fakten, als der zur „Rettung“ des Weltklimas. Vor allem das eigentlich Wichtigste: Auf welche Daten stützt sich „das Klima“, wann beginnt der Startzeitpunkt, wie wird die Temperatur gemessen und öffentlich nachvollziehbar verifiziert, steht kein Sterbenswörtchen darin.

Konkret ist nur, dass der reiche Westen unabhängig vom Klimaverlauf auf jeden Fall zahlen muss:

EIKE 04.10.2016: [\[11\] Klimavertrag von Paris im Bundestag erreicht 100 % Zustimmung](#)

Der Vertrag, bzw. „Das Übereinkommen“ ist nur 30 Seiten lang und damit für ein Werk, welches die Welt vor dem Untergang retten muss, extrem kurz. Mehr benötigt es aber auch nicht. Während alle Probleme dieser Erde sich bisher als verblüffend komplex herausgestellt haben und in der Regel von der Politik (und Militärs) immer drastisch unterschätzt, noch häufiger vollkommen falsch eingeschätzt wurden, gibt es endlich eines, bei dem man sich ganz sicher ist, den Täter mit nur drei Buchstaben „CO2“ genau benennen zu können und auf keinen Fall falsch

zu liegen.

Denn inzwischen ist sich die (angebliche) Intelligenz der Welt einig, dass (Vertragszitate sind kursiv):

-„auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse“

sicher, unbedingt und schnellstens,

-„in Anerkennung der Notwendigkeit einer wirksamen und fortschreitenden Reaktion auf die akute Bedrohung durch Klimaänderungen“,

dieser entgegnet werden muss, indem:

-„die Vertragsparteien beim Vorgehen gegen Klimaänderungen ihre jeweiligen Verpflichtungen im Hinblick auf die Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern, lokalen Gemeinschaften, Migranten, Kindern, Menschen mit Behinderungen und besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen achten, fördern und berücksichtigen“

Und deshalb:

– der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde.

Nun kommt einer der wichtigsten Vertragsinhalte, wie es erreicht werden soll:

– zum Erreichen des in Artikel 2 genannten langfristigen Temperaturziels sind die Vertragsparteien bestrebt, so bald wie möglich den weltweiten Scheitelpunkt der Emissionen von Treibhausgasen zu erreichen,

... um in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken auf der Grundlage der Gerechtigkeit und im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung und der Bemühungen zur Beseitigung der Armut herzustellen.

Damit ist der Vertrag im Wesentlichen schon beschrieben.

Der Rest dreht sich nur noch darum, wer es managen darf, wer alles bezahlt und wer es kontrolliert, sowie natürlich auch, wer Rechte und wer Pflichten hat.

Entsprechend sind im Vertrag Passagen hinterlegt, welche klar machen, wer der Zahlmeister wird. Dies geht so weit, dass die Entwicklungsländer melden, welche Finanzmittel ihnen zur Verfügung gestellt werden sollen:

– Artikel 6

(6) Die als Tagung der Vertragsparteien dieses Übereinkommens dienende Konferenz der Vertragsparteien stellt sicher, dass ein Teil der Erlöse aus Tätigkeiten im Rahmen des in Absatz 4 genannten Mechanismus dazu verwendet wird, die Verwaltungskosten zu decken sowie die für die nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen besonders anfälligen Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, dabei zu unterstützen, die Anpassungskosten zu tragen.

– Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, stellen finanzielle Mittel bereit, um – in Fortführung ihrer bestehenden Verpflichtungen aus dem Rahmenübereinkommen die Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, sowohl bei der Minderung als auch bei der Anpassung zu unterstützen.

Wer im Vertrag konkrete Zahlen sucht, wird enttäuscht. Das einzig Konkrete sind die Angaben: 1,5 °C und 2,0 °C mit der Festlegung „über dem vorindustriellen Niveau“. Es ist aber nirgends hinterlegt, auf welche Temperaturkurve man sich bezieht und wo das „vorindustrielle Niveau“ liegt, bzw. wann diese Zeit endete.

Ansonsten strotzt der Vertrag von Pflichten für Vorschläge, Berichtspflichten, Veranstaltungen, Instanzen, Verwaltungsorganen, Kontrollinstanzen, Vergleichen, Ausgleichen usw., aber immer in ziemlich nebulösem Rahmen. Er ist sich auch so sicher, seiner Sache sicher zu sein, dass eine neutrale Überprüfung der zugrundeliegenden Theorie nicht vorgesehen ist.

Verpflichtungen, welche man sich selbst auferlegt hat – und sich dann als unsinnig herausstellen – könnte man ändern, werden aber immer hysterischer eingefordert

Die Verpflichtungen, welche sich Deutschland zur CO₂-Minderung auferlegt hat, folgen nicht direkt aus dem Klimavertrag, sondern aus Vorgaben der EU Staatschefs (am Deutschen Parlament vorbei?) und sich in Klimakampf-Euphorie selbst zusätzlich auferlegten Vereinbarungen.

[13] SPIEGEL ONLINE 23.01.2008: [Harte EU-Vorgaben So soll Deutschland das Klima retten](#)

... Damals hatten die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu senken – im Vergleich zum Ausstoß von 1990. Deutschland nahm sich daraufhin vor, sogar 40 Prozent bis 2020 schaffen zu wollen.

Alle von „Klimaaktivisten“ (und NGOs) teils geradezu hysterisch geforderte Einhaltung von Deutschlands CO₂-Emissionszielen hat nicht entfernt einen Sinn, ein „Klima“ zu retten, es geht ausschließlich darum, selbst gesetzte – und jederzeit wieder änderbare – Vorgaben zu erfüllen, weil nur so die Welt der Ökoreligion in Ordnung ist. Allerdings wird diese Möglichkeit rigoros verbaut. Wo käme man hin, wenn Einzelstaaten weiterhin selbst über Sinn, oder Unsinn entscheiden

dürften. Und gerade Deutschland legt Wert darauf (siehe den Koalitionsvertrag [17]), sich immer mehr lieber von Brüssel (und immer fordernder auftretenden NGOs) vorschreiben zu lassen, als selbst entscheiden zu müssen:

EIKE 21. April 2018: *Bald wird Brüssel die Klimavorgaben setzen und sanktionieren. Dann ist es vollkommen egal, was Deutschland entscheidet*

Quellen

[1] Nordbayerische Nachrichten, Lokalausgabe vom 17.09.2018: Redaktionskommentar: Recht statt Vernunft Der Hambacher Forst zeigt Fehler der Klimapolitik

[2] Achgut 17.09.2018: *Der Kohleausstieg als Einstieg in das Notstromaggregat*

[3] RP Online, 18. September 2018: *Dauer-Streit um Tagebau: Hambacher Forst im Faktencheck – alle Fragen, alle Antworten*

[4] Heinrich Böll Stiftung: *RWE und Kommunen*

[5] kaltesonne, 19. Februar 2015, Uli Weber: *Das siebenundneunzig Prozent-Problem: Welcher Konsens?*

kaltesonne

[6] kaltesonne, 4. September 2018, Uli Weber: *Die „parallele Logik“ für eine Dekarbonisierung der Welt*

[7] EIKE 17.09.2018: *(SUV-) Autokäufer ignorieren Klimawarnungen*

[8] EIKE 09. September 2018: *Deutschland in den Klauen des Klimawandels*

[9] TAZ 15. 9. 2018: *Kommentar Hambacher Forst und Klima Die Zeit zum Handeln ist jetzt*

[10] BUND NRW: Steckbrief Hambach

[11] EIKE 04.10.2016: *Klimavertrag von Paris im Bundestag erreicht 100 % Zustimmung. Die DDR Volkskammer lässt grüßen*

[12] THE EUROPEAN 15.05.2018: *Die CSU zerstört ihre eigene Identität Die Gemeinsamkeiten zwischen CSU und gewaltaffiner, ultralinker Antifa sind wichtiger.*

[13] SPIEGEL ONLINE 23.01.2008: *Harte EU-Vorgaben So soll Deutschland das Klima retten*

[14] EIKE, 22.03.2017: Klimamönche*, alternativ: die Klimaelite unserer Behörden

[15] EIKE 7. Januar 2018: Ministerin Hendricks: Wir haben im Gegenteil sogar gigantische Stromüberschüsse

[16] EIKE 07. 02.2018: In Zukunft sorgt die EU für die Sicherheit von Deutschlands Stromversorgung

[17] EIKE 22.02.2018: Die Lösung des EEG-Problems wurde von der EU gestartet